

Bürgergeld in Sachsen: Mieterhöhungen belasten Familien stark

Jeder zehnte Bürgergeld-Haushalt in Sachsen zahlt drauf, da Mieten oft über den festgelegten Grenzen liegen.

In Deutschland leben viele Bürgergeld-Empfänger unter finanziellen Druck, insbesondere in städtischen Gebieten. Die steigenden Wohnkosten fordern von den Betroffenen erhebliche Zuzahlungen, was ihre Lebenssituation erschwert.

Berlin/Leipzig.

Finanzielle Belastungen für Bürgergeld-Haushalte

Mehr als 13.000 Haushalte in Sachsen, die auf Bürgergeld angewiesen sind, sehen sich gezwungen, monatlich Zuzahlungen für Miete und Heizkosten zu leisten. Diese Zahl entspricht etwa einem von zehn Bürgergeld-Haushalten. Im Durchschnitt müssen diese Haushalte zusätzliche 83 Euro pro Monat aufbringen, was für Familien mit Kindern noch höher ausfällt und nahezu 102 Euro beträgt.

Erhebliche Unterschiede in den Kosten

Die finanziellen Belastungen sind nicht gleichmäßig verteilt. Bürgergeld-Haushalte in Städten wie Dresden und Leipzig müssen besonders hohe Zuzahlungen leisten, mit durchschnittlich 114 Euro bzw. 104 Euro. Im Vergleich dazu ist die Zuzahlung im Landkreis Görlitz mit 59 Euro am geringsten.

Berlin weist mit fast 160 Euro die höchsten monatlichen Mehrkosten für Bürgergeld-Empfänger auf.

Unrealistische Mietobergrenzen

Sozialverbände weisen seit längerer Zeit auf die unrealistischen Mietobergrenzen hin, die häufig mit den regionalen Gegebenheiten nicht übereinstimmen. Diese Grenzen führen dazu, dass viele Betroffene Schwierigkeiten haben, eine angemessene und bezahlbare Unterkunft zu finden. Die daraus resultierenden hohen Zuzahlungen bedeuten eine spürbare Einschränkung in anderen Lebensbereichen wie Nahrungsmitteln, Bekleidung und Bildung. Die Linkspartei hat auf diese Missstände hingewiesen, indem sie betont, dass Betroffene oft gezwungen sind, bei minimalen Lebensmitteln zu sparen, um ihre Wohnkosten zu decken.

Bedenken zur Überprüfung von Wohnkosten

Die Einführung einer Karenzzeit hat nicht zu einer Verbesserung der Situation geführt. Neu antragsberechtigte Haushalte erhalten zunächst volle Unterstützung für ihre Kaltmiete, ohne dass eine Überprüfung der Angemessenheit erfolgt, während Langzeitempfänger, die zunehmend unter Druck stehen, weiterhin auf der Strecke bleiben. Hier sind vor allem Alleinerziehende und pflegende Angehörige betroffen, die die Differenz aus ihrem Regelsatz, der für grundlegende Bedürfnisse gedacht ist, begleitete müssen. Die Politikerin Heidi Reichinnek hat auf diese Missstände hingewiesen und gefordert, dass die Kostengrenzen angehoben werden, damit Wohnungen auch tatsächlich angemessen gemietet und beheizt werden können.

Die gegenwärtige Situation verdeutlicht, wie wichtig es ist, realistische Maßnahmen zur Unterstützung von Bürgergeld-Haushalten zu finden, die sich zunehmend mit finanziellen Herausforderungen konfrontiert sehen. In Zeiten steigender

Lebenshaltungskosten erweist sich eine transparente und bedarfsgerechte Unterstützung als unerlässlich, um soziale Gerechtigkeit zu fördern und Benachteiligungen abzubauen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de